

2. Januar 2020

#1 / 2020

iwd

ISSN 0344-919X

Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft

G 4120



Wechselhafte Aussichten

IW-Verbandsumfrage. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist deutlich schlechter als vor einem Jahr. Wie es 2020 weitergeht, schätzen die einzelnen Verbände sehr unterschiedlich ein. Insgesamt allerdings überwiegen die zaghafte Hoffnungen. IW-Präsident Arndt G. Kirchhoff blickt im iwd-Interview ebenfalls optimistisch nach vorn. Zugleich nimmt er die Politik in einem entscheidenden Punkt in die Pflicht.

—> [Seiten 2-6](#)

Neuerungen zum Jahreswechsel: Mehr Seiten und klimaneutraler Druck

Ab sofort erscheint der iwd auf 16 statt 12 Seiten. Das gibt unseren Redakteuren und Grafikern mehr Raum für die kreative Gestaltung des Informationsdienstes. Außerdem wird der iwd seit dieser Ausgabe klimaneutral gedruckt: Wir gleichen die CO₂-Emissionen aus, indem wir ein mit dem renommierten Gold Standard zertifiziertes Projekt in Kenia unterstützen. Es sorgt vor Ort für effiziente Öfen und Wasseraufbereitungsanlagen.

Weitere Themen +++ Grundschüler +++ Mittelstand +++ Ernährung +++ Insolvenzen +++
Berufsausbildung +++ Top-Liste: Tourismus

Hoffen auf 2020

IW-Verbandsumfrage. Zum Jahreswechsel steht die deutsche Industrie so schlecht da wie lange nicht. Eine branchenübergreifende Rezession ist nicht auszuschließen, allerdings schauen die deutschen Wirtschaftsverbände mit leichtem Optimismus nach vorn.

Seit dem Frühjahr 2019 tritt die deutsche Wirtschaft auf der Stelle. Dies schlägt sich auch in der Lagebewertung der Verbände nieder, die an der aktuellen Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft teilgenommen haben (Grafik):

Von den 48 befragten Wirtschaftsverbänden berichten 32, dass die geschäftliche Situation ihrer Mitgliedsunternehmen zur Jahreswende 2019/2020 schlechter ist als vor einem Jahr.

Eingetrübt hat sich die Stimmung vor allem in den großen Industriesparten, was unter anderem auf die globalen protektionistischen Tendenzen und technologische Herausforderungen – etwa durch die Dekarbonisierung – zurückzuführen ist.

Mit dem Jahreswechsel verbinden sich aber offenbar wieder zaghafte Hoffnungen auf bessere Zeiten:

Immerhin 19 Wirtschaftsverbände gehen davon aus, dass ihre Unternehmen 2020 eine etwas höhere Produktionsleistung erreichen als 2019 – nur 12 erwarten einen leichten Produktionsrückgang.

Damit zeichnet die IW-Verbandsumfrage ein etwas freundlicheres

Bild als die IW-Konjunkturumfrage vom vergangenen Herbst (siehe iwd 26/2019).

Zuversichtlich ins neue Jahr gehen unter anderem die Bauindustrie, das Handwerk sowie viele Dienstleistungssparten. In der Automobil-, der Chemie- und der Elektroindustrie dürfte sich zumindest der Produktionsrückgang nicht weiter fortsetzen. Mit einer nach wie vor sinkenden Fertigung rechnen dagegen der Maschinenbau sowie die Stahl- und Metallverarbeitung. Diese Erwartung hängt auch mit den zurückhaltenden Investitionsplänen vieler Unternehmen in Deutschland zusammen:

Nur noch 13 der 48 vom IW befragten Verbände rechnen damit, dass ihre Mitgliedsfirmen im neuen Jahr mehr investieren werden als 2019, aber 14 befürchten einen Rückgang.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Mitarbeiterzahl in den deutschen Unternehmen insgesamt mehr oder weniger stabil bleiben – dieser Ansicht ist die relative Mehrheit von 22 Verbänden. Voraussetzung ist allerdings, dass die Weltwirtschaft nicht noch weiter in Schieflage gerät und der Industrie in Deutschland keine übermäßigen strukturellen Anpassungslasten – zum Beispiel durch die Energiepolitik – aufgebürdet werden.

IW-Kurzbericht 86/2019

Michael Grömling: Zaghafte Zuversicht – IW-Verbandsumfrage für 2020
iwkoeln.de/verbandsumfrage_2020

IW-Verbandsumfrage für 2020

Ergebnisse der Befragung von
48 deutschen Wirtschaftsverbänden

Wirtschaftszweig

1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Ernährungsindustrie
27. Landwirtschaft
28. Bauindustrie
29. Baugewerbe
30. Handwerk
31. Entsorgungswirtschaft
32. Groß- und Außenhandel
33. Einzelhandel
34. Speditionen
35. Banken
36. Sparkassen
37. Volksbanken
38. Investment
39. Leasing
40. Versicherungswirtschaft
41. Gastgewerbe
42. Zeitschriftenverlage
43. Tourismus
44. Informationswirtschaft
45. Messewirtschaft
46. Werbewirtschaft
47. Immobilien
48. Privater Rundfunk und Telemedien

Insgesamt

„Die Digitalisierung kann viele globale Probleme lösen“

Interview. Wird 2020 ein gutes oder ein schlechtes Jahr für die deutsche Industrie? Und was bringt uns eigentlich der technische Fortschritt? **Arndt G. Kirchhoff**, geschäftsführender Gesellschafter der Kirchhoff-Gruppe und Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft, blickt optimistisch in die Zukunft – selbst für die eigene, viel kritisierte Zunft der Autobauer und Zulieferer.

In der aktuellen IW-Verbandsumfrage gibt es mehr Optimisten als Pessimisten, was die Perspektiven für 2020 betrifft. Woher die Zuversicht?

Unternehmerinnen und Unternehmer sind von Grund auf Optimisten: Wir wollen Menschen begeistern, Vorhaben voranbringen, Ziele erreichen. Das wirkt sich sicherlich auf unsere Einschätzung der wirtschaftlichen Perspektiven aus.

Aber die Einschätzung der Verbände hat bestimmt auch damit zu tun, dass sich die aktuelle Krise stark von jener vor zehn Jahren unterscheidet. Damals hatte der Abschwung ganz andere Vorzeichen, die Banken waren in Schieflage geraten, es gab für Unternehmen kaum noch Kredite. Heute geht es viel eher um Ermüdungserscheinungen: Wir hatten in den vergangenen zehn Jahren in der Bundesrepublik den längsten Konjunkturaufschwung der Geschichte und haben nun schlichtweg einige Grenzen erreicht, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt: Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA und in vielen osteuropäischen Ländern findet man einfach keine neuen Mitarbeiter mehr.

Es gibt also Eintrübungen in der heimischen Wirtschaft, aber echte Bremsspuren sehen ganz anders aus. Und der private Konsum sowie die Bauwirtschaft laufen ja unbeirrt weiter. Hinzu kommt, dass mithilfe moderner Technik viele Dinge erst möglich werden, wie beispielsweise die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Was hätten Sie 2019 von der Politik erwartet?

Natürlich sind Politiker momentan verunsichert. Es gibt einfach zu viele Wünsche – die Menschen wollen ein

besseres Klima, weniger Verkehr, bezahlbare Wohnungen und vieles andere mehr.

Die Politik muss sich deshalb in erster Linie die Frage stellen: Welche Rahmenbedingungen brauchen wir für all diese Herausforderungen? Vor allem in puncto Planungsrecht muss die Politik mutiger und schneller werden. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Stromnetze, neue Gewerbegebiete – all das dauert viel zu lange. Mit den jetzigen Planungsverfahren werden wir die großen Klimaziele nicht rechtzeitig erreichen, das passt einfach nicht zusammen.

Nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Natürlich müssen die Prozesse demokratisch sein und der Rechtsweg muss all jenen offenstehen, die gegen ein Vorhaben sind. Aber auch das muss schneller gehen. Und eine Gerichtsentscheidung darf nicht immer wieder infrage gestellt werden.

Sie sagen, global gibt es momentan eigentlich nur eine G2 – die USA und China. Wie könnte daraus G3 werden, mit Deutschland am Tisch?

Deutschland allein ist viel zu klein, um global eine Rolle zu spielen, wir stellen nur 1 Prozent der Weltbevölkerung. Aber Europa könnte das gelingen. Die EU ist allerdings noch nicht fertig, der Binnenmarkt muss und kann noch besser werden. In vielen Bereichen brauchen wir einheitliche Standards – etwa in der Energiewirtschaft, in der Verkehrsinfrastruktur, in Digitalisierungsfragen. All das macht ja nicht an den Ländergrenzen halt.

Blicken wir also nach Europa: Was halten Sie von Ursula von der Leyens Green Deal?



Foto: IW Medien

Politisch ist es immer leicht, so ein Konzept in den Raum zu stellen. Aber es dann für einen ganzen Kontinent umzusetzen, ist eine riesige Herausforderung.

Meiner Meinung nach haben wir in Europa schon eine ganze Menge sehr grüner Produkte und Prozesse. Was wir aber dringend brauchen, ist eine funktionstüchtige Infrastruktur, die es uns ermöglicht, sie zusammenzuführen. Wenn uns das gelingt, könnten wir zum nachhaltigen Vorbild in der Welt werden – und unser diesbezügliches Know-how exportieren.

Sie sind Automobilzulieferer und auch -hersteller. Damit stehen Sie für eine Branche, die einige bereits abgeschrieben haben ...

Ich halte das Auto – auch in Deutschland – weiterhin für ein wesentliches Element von Freiheit. Und diese Freiheit sollten wir aufrechterhalten. Weltweit betrachtet haben die meisten Menschen diese Möglichkeit zur individuellen Mobilität noch gar nicht, deswegen wird der Markt für Automobile auch weiter wachsen.

Dieses Wachstum lässt sich durchaus umweltfreundlich gestalten. Natürlich gibt es im Pkw-Bestand große Dreckschleudern. Aber mittlerweile produzieren wir Motoren, die die Luft sogar sauberer machen.

Wichtig ist es außerdem, den Verkehr zu verflüssigen. Zwei Beispiele: Die Parkplatzsuche verursacht Staus, verbraucht jede Menge Sprit, kostet Zeit und Nerven. Wenn das Auto oder eine App den Fahrer zu einem freien Parkplatz lotsen würde, hätte das also jede Menge Vorteile.

Ein anderes Beispiel sind die Busse im öffentlichen Nahverkehr. Die fahren immer die gleiche Strecke. Wenn es einen Stau gibt, stellen sie sich hinten an – obwohl sie oft ohne Weiteres eine andere Route nehmen könnten. Beide Probleme lassen sich mithilfe der Digitalisierung lösen.

Auch die mangelnde Lade-Infrastruktur für E-Mobilität ist kein unüberwindbares Hindernis. Hier sage ich ganz klar: Das ist nicht Aufgabe von Bund oder Land, sondern Job der jeweiligen Kommune.

Fast alle Autohersteller und viele Zulieferer haben einen massiven Stellenabbau angekündigt. In der IW-Verbandsumfrage gehen die Automobilbauer allerdings von einer gleichbleibenden Produktion für 2020 aus – wie passt das zusammen?

Ein Auto ohne Verbrennungsmotor ist schneller und einfacher zu bauen, weil es weniger Teile hat. Entsprechend ist die Montage künftig mit weniger Arbeitskräften möglich. Das ist aber keine Tragödie, denn dafür entstehen an anderer Stelle neue Jobs. Wenn wir bei uns im Unternehmen beispielsweise keine Gabelstaplerfahrer mehr brauchen, weil die Hubwagen autonom fahren, fallen diese Jobs weg. Doch gleichzeitig brauchen Carsharing-Anbieter neue Mitarbeiter, die Fahrzeuge in die Werkstatt bringen oder in die Waschanlage fahren.

Aber es entstehen nicht nur neue Jobs: Ungefähr 50 Prozent der Arbeitsplätze, sagen Forscher, werden sich teils radikal verändern. Es wird künftig mehr Dienstleistungsjobs und Arbeitsplätze mit Steuerungsfunktionen geben, dafür weniger in der Produktion. In einer Fabrik zu arbeiten – in der Hitze eines Stahlwerks oder mit krummem Rücken in einer Gießerei – ist nicht schön. Da ist der Fortschritt, den Digitalisierung und Automatisierung für die Arbeitswelt bringen, doch ein Segen.

„Digitalisierung und Automatisierung führen zu einer vierten industriellen Revolution“, haben Sie einmal gesagt. Wo stehen wir da momentan auf einer Skala von 0 bis 100?

Dieses neue Zeitalter wird niemals enden, denn wir können immer größere Rechenleistungen bewerkstelligen und auch immer größere Datenmengen sammeln. Mithilfe der Massendatenverarbeitung kann alles immer noch besser und schneller werden.

Was bedeutet diese Revolution für den einzelnen Menschen?

Sie kann zu einem sehr langen Aufschwung führen, zum viel beschworenen Wohlstand für alle: Wir können das Klima retten, Menschen besser versorgen, sie aus Armut und Krankheit holen.

Eine Revolution wird es beispielsweise in der Lebensmittelproduktion geben: Mithilfe von satellitengesteuerten Saat-, Bewässerungs- und Erntemaschinen kann die Nahrungsmittelproduktion deutlich gesteigert werden, sodass sie auch für eine wachsende Weltbevölkerung reicht. Die Technik dafür gibt es bereits und vielerorts wird sie auch schon angewendet. Weltmarktführer für diese Saatmaschinen ist übrigens eine deutsche Firma.

Doch auch im Kleinen gibt es Verbesserungen. Wir haben gerade die mitdenkende Füllstandsmessung für Mülleimer erfunden, sodass das Müllauto künftig erst dann kommt, wenn die Tonne voll ist. Mitdenkend ist die Messung deshalb, weil das Messgerät zusätzlich noch erkennt, was in der Tonne gelagert wird. Auch das spart Ressourcen.

Ich bin jedenfalls überzeugt davon, dass die digitale Revolution unterm Strich für mehr Arbeitsplätze sorgt.



Und vielleicht arbeiten wir künftig auch einfach weniger, womöglich ist in zehn Jahren die Viertagewoche für alle ganz normal. Überlegen Sie mal, wie viel unsere Vorfahren noch arbeiten mussten – für ein deutlich niedrigeres Wohlstandsniveau. Warum sollte sich dieser Fortschritt nicht weiter fortsetzen lassen? Ich halte die Digitalisierung für eine große Chance.

Früher hätten Sie mit der Kutsche vom Sauerland nach Köln einen halben Tag gebraucht. Wie sind Sie heute von Iserlohn nach Köln gekommen?

Mit einem Auto mit Verbrennungsmotor.

Welches Verkehrsmittel werden Sie in zehn Jahren für diesen Weg wählen?

Wahrscheinlich wird es ein Hybrid-Fahrzeug sein, also ein Auto, das sowohl elektrisch als auch mit Benzin fährt, oder aber ein Brennstoffzellenauto.

Ich glaube ohnehin nicht, dass es künftig nur den einen Antrieb geben wird. In den Städten wird die Mobilität wahrscheinlich rein elektrisch sein. Außerhalb der urbanen Zentren braucht es wohl auch in Zukunft Autos mit Verbrennungsmotoren, die dann mit umweltfreundlich produzierten synthetischen Kraftstoffen betankt werden. Denn man darf nicht vergessen: Rund die Hälfte der Bevölkerung lebt und arbeitet in ländlichen Gebieten. Und diese Menschen wollen auch in Zukunft zur Arbeit kommen.

Mehr Nachwuchs an den Schulen

Grundschüler. Die Zahl der Grundschüler in Deutschland ist seit dem Schuljahr 2014/2015 um gut 4 Prozent gestiegen. Dieser Trend wird sich fortsetzen.

In Deutschland kommen wieder mehr Kinder zur Welt. War die Geburtenzahl im Jahr 2011 mit 663.000 auf einen neuen Tiefststand gesunken, zählte die Bundesrepublik 2018 rund 788.000 neue Erdenbürger. Zudem sind in den Jahren 2014 bis 2018 insgesamt 846.000 Minderjährige zugewandert, von denen rund 476.000 noch keine zehn Jahre alt waren.

Ein Blick zurück zeigt, was das für die Grundschulen bedeutet: Vor rund 20 Jahren, im Schuljahr 1997/1998, hatte die Zahl der Grundschüler mit 3,7 Millionen ihren Höchststand erreicht. Danach ist sie 16 Jahre lang fast ununterbrochen gesunken und lag im Schuljahr 2014/2015 nur noch bei rund 2,7 Millionen. Dieser Abwärtstrend ist nun gestoppt:

Im Schuljahr 2018/2019 besuchten rund 2,8 Millionen Mädchen und Jungen die ersten vier Klassen einer Grundschule – fast 100.000 mehr als fünf Jahre zuvor.

Betrachtet man nicht nur die Grundschüler, sondern alle Schüler der Jahrgangsstufen eins bis vier, sind es sogar 3 Millionen. Dieser Unterschied erklärt sich mit dem starken Ausbau der Primarstufen an den integrierten Gesamtschulen in Baden-Württemberg: Im Ländle gehen mittlerweile 12,5 Prozent der Erst- bis Viertklässler auf eine Gesamtschule – fast fünfmal so viele wie im Bundesdurchschnitt.

Der Zuwachs von insgesamt 4,1 Prozent mehr Grundschülern seit dem Schuljahr 2014/2015 verteilt sich allerdings recht unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer (Grafik):

Während Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen jeweils über 10 Prozent mehr Grundschüler zählen, sind es in Nordrhein-Westfalen nur 2 Prozent – in Niedersachsen sank die Zahl sogar um 1,8 Prozent.

In den kommenden Jahren wird die Zahl der Grundschüler in den Klassen eins bis vier weiter steigen.

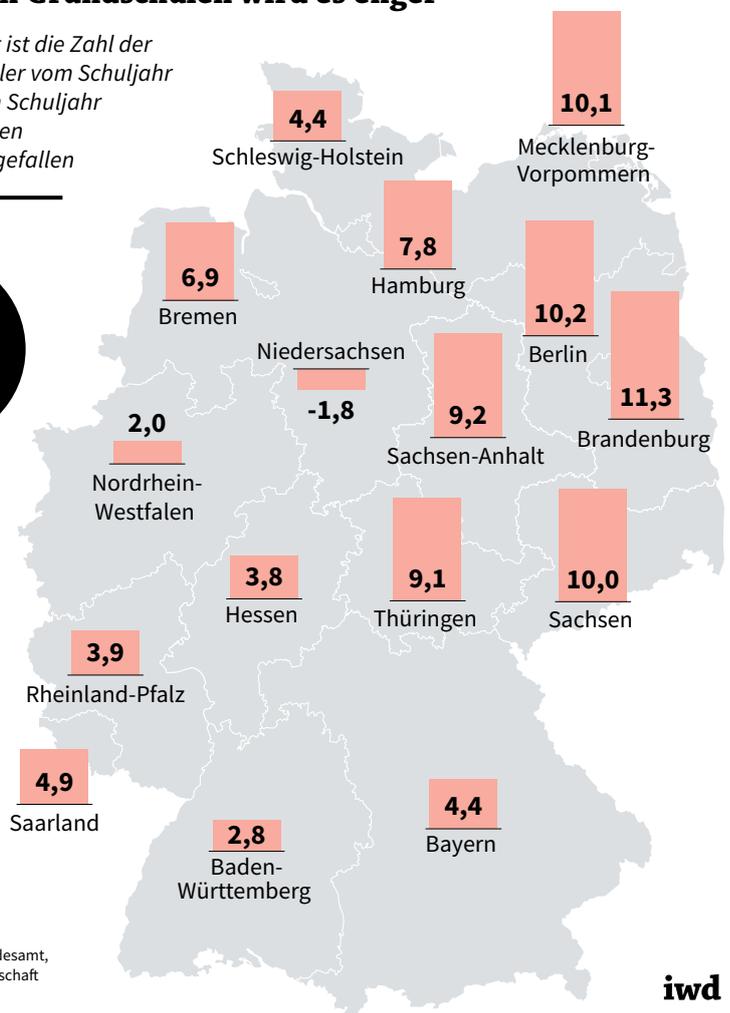
Denn Ende 2018 zählte die Statistik fast 3,1 Millionen zwei- bis fünfjährige Deutsche – die nächste Generation der Grundschüler. Geht man davon aus, dass sich die Migrationszahlen nicht wesentlich verändern, dürften in den nächsten vier Jahren noch einmal rund 100.000 Mädchen und Jungen aus anderen Ländern hinzukommen.

IW-Kurzbericht 85/2019

Wido Geis-Thöne: Grundschulen – In den Städten wird es eng
iwkoeln.de/grundschule

An deutschen Grundschulen wird es enger

Um so viel Prozent ist die Zahl der Erst- bis Viertklässler vom Schuljahr 2014/2015 bis zum Schuljahr 2018/2019 gestiegen beziehungsweise gefallen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

Gemeinsam geht's besser

Mittelstand. Kooperationen mit jungen Firmen können etablierten mittelständischen Unternehmen unter anderem helfen, ihre Innovationsfähigkeit zu steigern. Doch oft wird die Zusammenarbeit durch unterschiedliche Unternehmenskulturen erschwert oder gar verhindert. Mittelstand und Start-ups müssen folglich stärker aufeinander zugehen. Aber auch der Staat ist gefordert.

Jedes Unternehmen kämpft für sich allein – dieses Bild von einem knallharten Wettbewerb ist so plakatativ wie falsch. Denn die Potenziale, die neue Technologien und vor allem die Digitalisierung bergen, lassen sich besser ausschöpfen, wenn Fir-

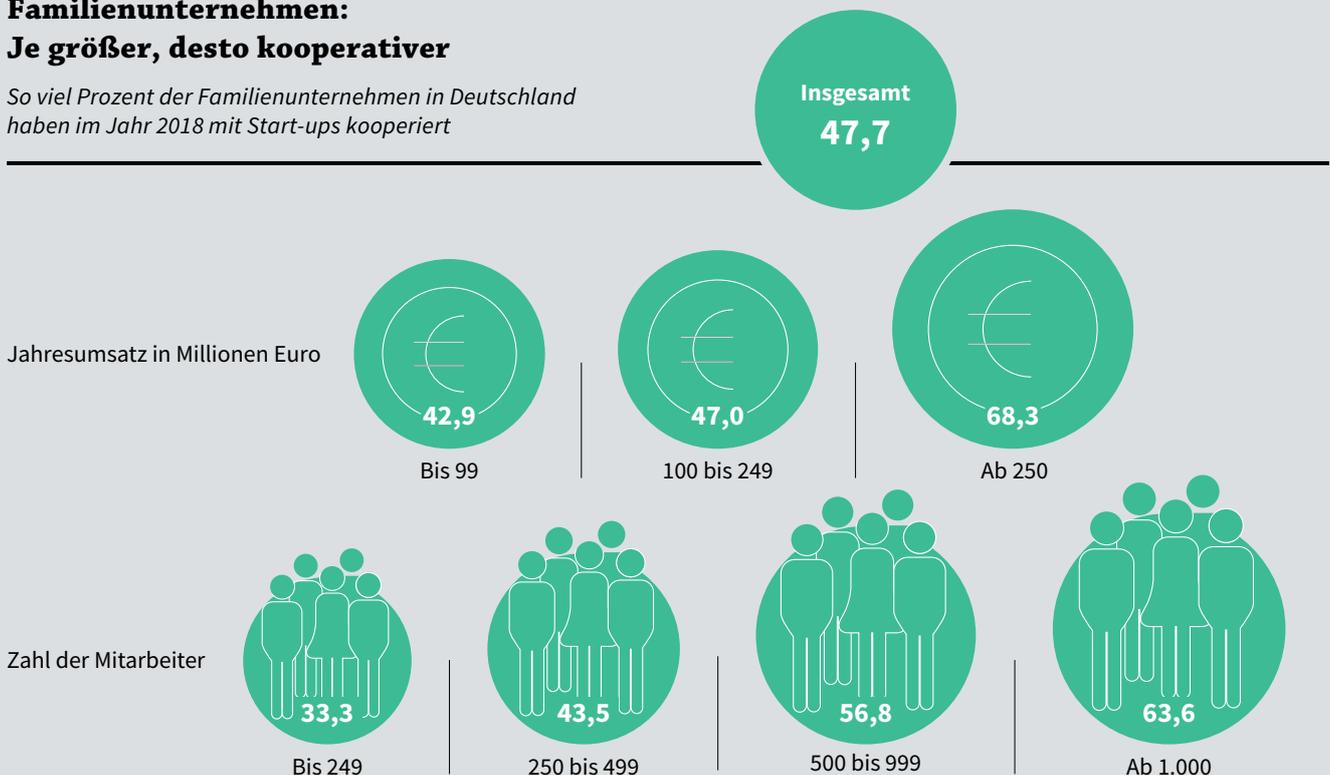
men zusammenarbeiten. Der Mittelstand kann gerade von Kooperationen mit digitalen Start-ups profitieren, wie eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt.

Statistische Auswertungen, aber auch ausführliche Interviews mit

mittelständischen Unternehmern, Start-up-Gründern und Experten aus Verbänden belegen, dass Mittelständler, die sich mit Start-ups vernetzen, oft schneller in der Lage sind, neue Produkte und Prozesse zu entwickeln. So können Start-ups

Familienunternehmen: Je größer, desto kooperativer

So viel Prozent der Familienunternehmen in Deutschland haben im Jahr 2018 mit Start-ups kooperiert



Befragung von 248 Familienunternehmen von März bis Mai 2018

Quelle: Bundesverband der Deutschen Industrie/Institut für Mittelstandsforschung Bonn
© 2020 IW Medien / iwd

jenes Know-how beisteuern, das etablierte Firmen zur Umsetzung von Industrie-4.0-Technologien benötigen. Denn durch die vollständige Digitalisierung der Wertschöpfungsketten im Rahmen der Industrie 4.0 verwischen die Grenzen zwischen klassischer industrieller Fertigung und Dienstleistungen immer mehr. Und insbesondere in diesem Grenzbereich sind zahlreiche Start-ups aktiv.

Den Gründern wiederum bietet die Zusammenarbeit mit den etablierten Firmen die Chance, von deren Erfahrungen in der Produktentwicklung und Prozesssteuerung zu lernen und zusätzliche Aufträge zu erlangen.

Eine Win-win-Situation also. Dennoch ist in der Praxis in Sachen Kooperationen noch Luft nach oben, wie eine vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn für den Bundesverband der Deutschen Industrie durchgeführte Befragung zeigt (Grafik Seite 8):

Im Jahr 2018 hat lediglich knapp jedes zweite der meist mittelständischen Familienunternehmen in Deutschland mit Start-ups kooperiert.

Von den kleineren Familienbetrieben mit weniger als 250 Mitarbeitern gab sogar nur jeder dritte an, mit Start-ups zusammenzuarbeiten.

Diejenigen Familienunternehmen, die mit jungen Gründern kooperierten, taten dies vor allem, um neue Technologien zu erschließen, die Digitalisierung ihres Betriebs zu gestalten und/oder neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Und das funktioniert anscheinend auch, zumindest gibt es bei jenen Unternehmen, die sich auf die Kooperation einlassen, kaum lange Gesichter (Grafik Seite 10):

Annähernd 70 Prozent der Familienunternehmen, die im Jahr 2018 mit Start-ups kooperierten,

waren mit der Zusammenarbeit zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Lediglich 3 Prozent gaben ein negatives Urteil ab.

Doch warum kooperieren trotz der augenscheinlichen Vorteile nicht noch mehr mittelständische Betriebe mit jungen Firmen? Ein grundlegendes Problem ist sicherlich, in der internationalen und dynamischen Start-up-Landschaft überhaupt geeignete Kooperationspartner auszumachen. Vor allem aber wirkt sich offenbar negativ aus, dass Mittelständler und Start-ups unterschiedlich ticken (Grafik):

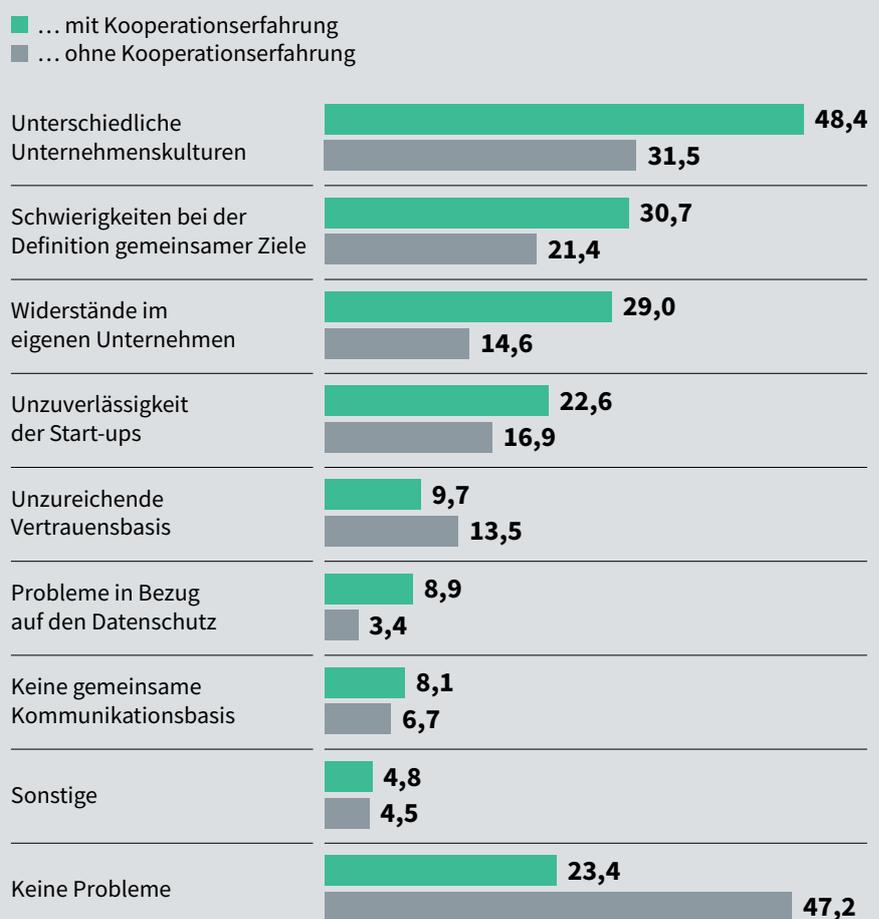
Fast die Hälfte jener Familienunternehmen, die bereits mit Start-ups zusammengearbeitet haben, empfand die unterschiedlichen Unternehmenskulturen als Hindernis.

Dabei dürfte unter anderem eine Rolle spielen, dass die Hierarchien in Start-up-Firmen sehr flach sind. Zudem ändern sie bei Bedarf auch kurzfristig ihren geschäftlichen Kurs, während sich Familienbetriebe durch langfristig etablierte Strukturen und Arbeitsweisen auszeichnen.

Fortsetzung

Familienunternehmen: Die Kooperationshürden

So viel Prozent der deutschen Familienunternehmen ... nannten im Jahr 2018 folgende (potenzielle) Probleme in der Zusammenarbeit mit Start-ups



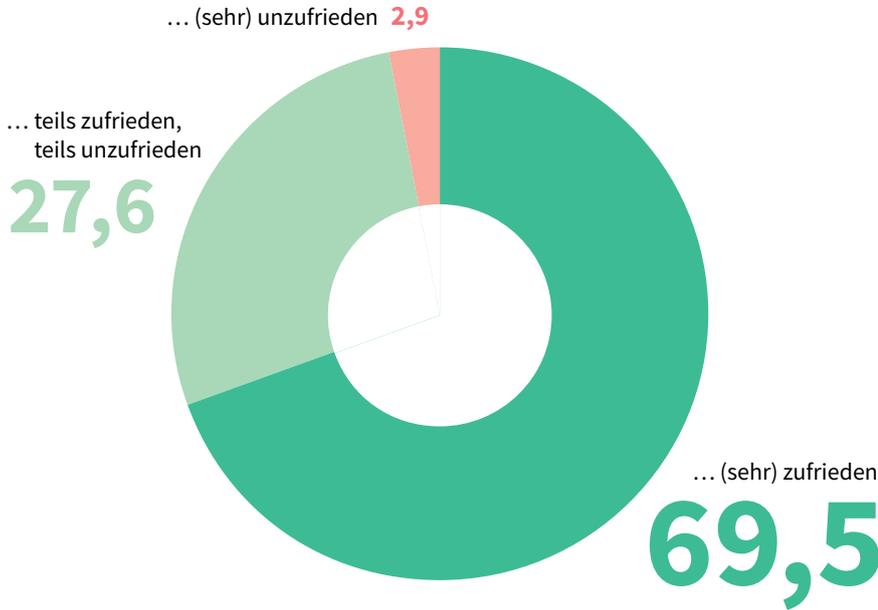
Befragung von 213 Familienunternehmen von März bis Mai 2018

Quelle: Bundesverband der Deutschen Industrie/Institut für Mittelstandsforschung Bonn
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Familienunternehmen: Kooperationen laufen meist gut

So viel Prozent der Familienunternehmen in Deutschland waren mit ihren Kooperationen mit Start-ups im Jahr 2018 ...



Befragung von 105 Familienunternehmen von März bis Mai 2018

Quelle: Bundesverband der Deutschen Industrie/Institut für Mittelstandsforschung Bonn © 2020 IW Medien / iwd

Außerdem sind die etablierten Mittelständler stark in ihrem oft ländlich strukturierten Umfeld verankert. Dies steht in hartem Kontrast zu den typischen Start-up-Gründern – Digital Natives, die in den Großstädten leben und deren Denken und Verhalten stark durch US-amerikanische Vorbilder beeinflusst wird. Die fehlende räumliche Nähe zwischen Mittelstands- und Start-up-Clustern führt aber auch dazu, dass persönliche Kontakte nicht so leicht geknüpft werden können, was die Entstehung gemeinsamer Netzwerke erschwert.

Nicht zuletzt sind Start-up-Gründer im Schnitt 35 Jahre alt, während die Mehrzahl der mittelständischen Unternehmer die 50 deutlich überschritten hat. Das kann zu markant unterschiedlichen Einstellungen und Verhaltensweisen führen.

Darüber hinaus unterscheiden sich etablierte Unternehmen und Start-ups oft auch durch ihr Inno-

ventionsverhalten. Denn während Letztere auf komplett neue Technologien und Geschäftsmodelle setzen, stellen Mittelständler eher auf kontinuierliche Verbesserungen ihrer Produkte und Prozesse ab, die oft gemeinsam mit den Kunden erarbeitet werden. Doch dieses Vorgehen eignet sich kaum, um Industrie-4.0-Technologien mit der nötigen Geschwindigkeit einzuführen.

Doch wie lassen sich die bestehenden Hürden überwinden? Das IW und im Rahmen der Studie befragte Experten geben unter anderem diese Empfehlungen:

- **Kooperationsplattformen verstärkt nutzen.** Digitale Kooperationsplattformen wie Alphazirkel oder start.connect erleichtern die Vernetzung. Auch die Verbände werden immer stärker aktiv, um Kooperationen zwischen jungen und etablierten Firmen zu fördern. Die Industrie- und Handelskammern haben gemeinsam mit den Auslandshandelskammern

60 entsprechende Matching-Formate und -Initiativen ins Leben gerufen. Darunter sind auch sogenannte Pitches, in denen sich Start-ups mittels kurzer Präsentationen vorstellen.

Außerdem können Unternehmensberatungen von Mittelständlern beauftragt werden, geeignete Start-up-Partner zu finden. Hinzu kommen klassische Formate wie Messen, die für die persönliche Begegnung wichtig sind.

- **Digitale Infrastruktur ausbauen.** Wollen Unternehmen zum Beispiel in der Produktentwicklung kooperieren, braucht es sehr hohe Bandbreiten für den Datenaustausch zwischen den Partnern. Doch selbst in den urbanen Zentren klappt dies noch nicht reibungslos – von den löchrigen Funknetzen und fehlenden Glasfaserleitungen in ländlichen Regionen gar nicht zu reden. Hier muss die Politik aufs Tempo drücken.

- **Rahmenbedingungen für Kooperationen verbessern.** Die vom IW interviewten Experten fordern unter anderem verstärkte Gründungsschulungen während des Ingenieurstudiums. Zudem sollten bürokratische Hürden bei der Unternehmensgründung abgebaut werden. Diese Maßnahmen würden dazu beitragen, die Start-up-Szene in Deutschland als potenziellen Kooperationspartner für den Mittelstand zu stärken. Ferner plädieren die befragten Fachleute für staatliche Finanzierungsmaßnahmen, mit denen Kooperationsforschung und -plattformen gefördert werden.

iwd

IW-Analysen Nr. 134

Barbara Engels, Klaus-Heiner Röhl: Start-ups und Mittelstand – Potenziale und Herausforderungen von Kooperationen

iwkoeln.de/start-ups_mittelstand

Wurstsalat ohne Wurst

Ernährung. Fleischersatzprodukte erleben in Deutschland einen Boom. Sie werden nicht nur von Vegetariern nachgefragt, sondern von allen Konsumententypen.

Spätestens als ein großer deutscher Wursthersteller neben seine klassische Teewurst eine vegane Variante legte, war klar: Hier tut sich was. Fleischersatzprodukte, also Lebensmittel, die Fleisch in Geschmack und Konsistenz ähneln, aber keine tierischen Zutaten enthalten, werden immer beliebter:

Die GfK schätzte den deutschen Markt für Veggie-Fleisch im Jahr 2018 auf über 140 Millionen Euro.

Das ist zwar nur ein Bruchteil des Umsatzes, der mit Fleisch gemacht wird – die Fleisch- und fleischverarbeitende Industrie erzielte laut Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie 2018 mit annähernd 43 Milliarden Euro knapp ein Viertel des Gesamtumsatzes der

Nahrungsmittelbranche. Doch vegetarischer Wurstsalat sowie vegane Steaks und Burger kommen mittlerweile bei allen Ernährungstypen auf den Teller (Grafik):

Gut jeder sechste regelmäßige Fleischesser hat schon einmal fleischlose Alternativprodukte gekauft.

Wenig überraschend: Je seltener jemand Fleisch isst, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie oder er fleischfreie Ersatzprodukte konsumiert – das gilt auch für vier von fünf Vegetariern.

Allerdings ernährt sich nur eine Minderheit in Deutschland vegetarisch, nämlich etwa 6 bis 9 Prozent. Und lediglich 1 Prozent der Bevölkerung lebt vegan. Die größte Gruppe

bilden laut Befragung die gelegentlichen Fleischesser mit 40 Prozent, weitere 35 Prozent verzehren mindestens viermal in der Woche Fleisch zu den Hauptmahlzeiten.

Alle Konsumententypen, die bereits einmal Fleischersatzprodukte probiert haben, können sich mehrheitlich vorstellen, dies wieder zu tun. Das gilt sogar für die Vielfleischesser: Mehr als zwei Drittel von ihnen geben an, auch künftig auf pflanzliche Fleischalternativen zurückgreifen zu wollen.

IW-Kurzbericht 84/2019

Theresa Eyerund, Roland Kube, Adriana Neligan: Auch Fleischesser haben Appetit auf Veggie-Fleisch
iwkoeln.de/veggiefleisch

Veggie-Fleisch: Schmeckt auch

So viel Prozent der Verbraucher in Deutschland haben schon mindestens einmal Fleischersatzprodukte gekauft

80

Vegetarier

25

Flexitarier

21

Gelegentliche Fleischesser

17

Regelmäßige Fleischesser



23

Insgesamt



Befragung von 2.015 Personen im Jahr 2018

Flexitarier: essen einmal pro Woche Fleisch oder seltener; gelegentliche Fleischesser: essen zwei- bis dreimal pro Woche Fleisch

Quellen: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Umweltbundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2020 IW Medien / iwd

Nur wenige Unternehmen in Turbulenzen

Insolvenzen. *Trotz der angespannten Konjunkturlage in Deutschland dürfte die Zahl der Unternehmen, die zahlungsunfähig werden, auch im Jahr 2020 sinken. Das IW hat die Gründe für dieses Phänomen untersucht.*

Mit der Zahlungsunfähigkeit von Thomas Cook, von der auch die Tochtergesellschaften Condor und Neckermann betroffen sind, hat es im Jahr 2019 einen prominenten Reiseveranstalter getroffen. Ende November wurde das Insolvenzverfahren beim deutschen Ableger von Thomas Cook eröffnet. Auch die Fluggesellschaft Germania, die Modekette Gerry Weber, der TV-Hersteller Loewe sowie die Beate-Uhse-Gruppe meldeten im vergangenen Jahr Insolvenz an, einige bereits zum zweiten Mal.

Gefühlt ist die Zahl der heimischen Unternehmen, die in letzter Zeit Konkurs gemacht haben, ausgesprochen hoch – zumal so viele Verbraucher unmittelbar betroffen sind. Aber ist dem auch wirklich so? Eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft unter Mitwirkung des Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken gibt Entwarnung (Grafik):

Im gerade abgelaufenen Jahr haben etwa 18.850 Unternehmen in Deutschland Insolvenz angemeldet – das waren 450 Pleiten weniger als im Jahr 2018.

Blickt man etwas weiter in die Vergangenheit, ist der Rückgang sogar noch deutlich größer: Im Vergleich zum Höhepunkt des

Insolvenzgeschehens im Jahr 2003, als mehr als 39.000 Unternehmen in Deutschland in Konkurs gingen, hat sich die Zahl mittlerweile in etwa halbiert – und wieder das niedrige Insolvenzniveau von 1994 erreicht.

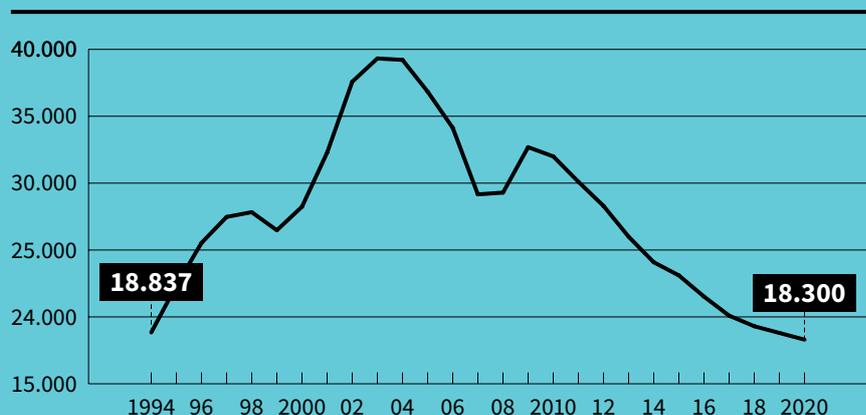
Dass aktuell so wenige Unternehmen in Deutschland in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, ist besonders erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die heimische Industrieproduktion seit Anfang 2018 durchgängig zurückgeht. Sollte die Industriekrise auf die Gesamtwirtschaft übergreifen, könnte dies auch

die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wieder nach oben treiben. Dies wäre jedoch erst dann der Fall, wenn das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 1 Prozent sinken würde.

Für eine Zunahme der Insolvenzzahlen gibt es momentan allerdings keinerlei Anhaltspunkte. Das IW prognostiziert für 2020 rund 18.300 Pleiten in Deutschland, das wären abermals 500 Insolvenzen weniger als 2019. Das liegt daran, dass nicht nur die Konjunktur, sondern auch andere Faktoren wie die Bilanzqualität der Unternehmen eine wichtige

Insolvenzen: Seit zehn Jahren rückläufig

Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

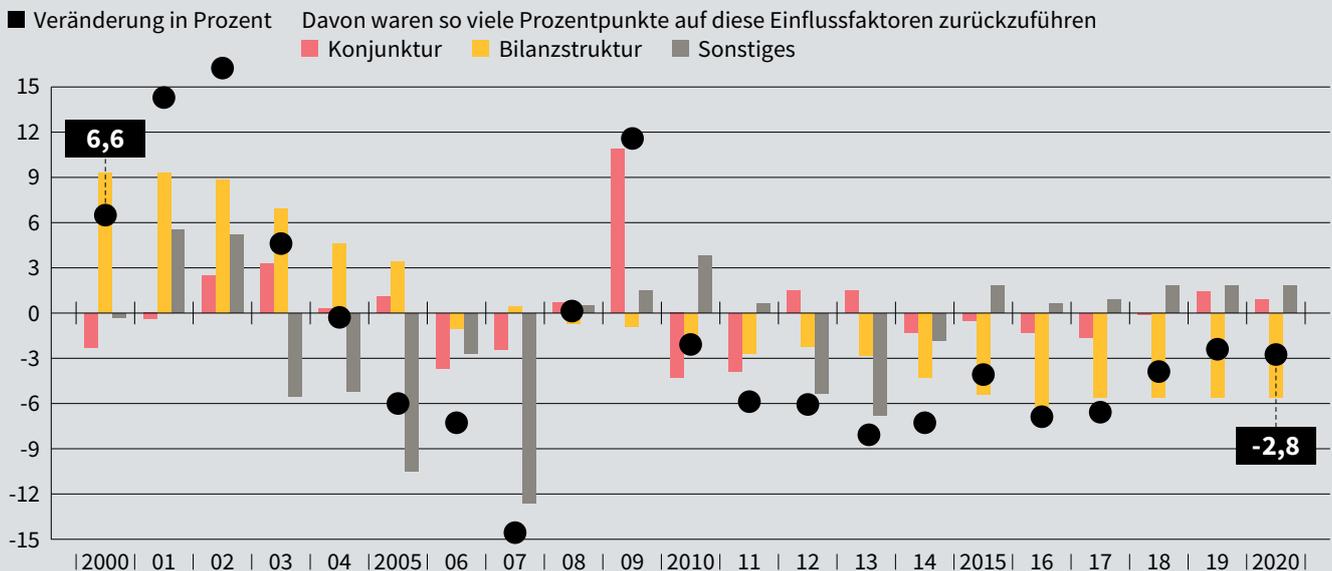


2019, 2020: Prognose

Quellen: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Insolvenzentwicklung: Die Einflussfaktoren

Veränderung der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr



Bilanzstruktur: basiert auf einer Auswertung der Jahresabschlüsse mittelständischer Unternehmen und berücksichtigt die Eigenkapitalquote, die Gesamtkapitalrentabilität, den dynamischen Verschuldungsgrad sowie die Liquidität; 2019, 2020: Prognose

Quellen: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2020 IW Medien / iwd

iwd

Rolle für das Insolvenzgeschehen spielen (Grafik):

Die durchschnittliche Bilanzqualität der Unternehmen erklärt langfristig zu rund einem Drittel, wie sich die Zahl der Insolvenzen verändert.

Ihr Einfluss ist damit genauso groß wie jener der wirtschaftlichen Entwicklung; seit 2012 ist die Bilanzqualität sogar der klar dominierende Einflussfaktor.

Die relativ geringe konjunkturelle Abhängigkeit des Insolvenzgeschehens in Deutschland hat im Wesentlichen drei Gründe:

Erstens hat sich die Bilanzqualität der Unternehmen in den vergangenen 15 Jahren kontinuierlich verbessert. Nach der Jahrtausendwende stiegen infolge der Basel-II-Anforderungen im Bankensektor die Eigenkapitalquoten der Unternehmen. Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise von 2009 wurden die Eigenkapitalquoten noch mal nach-

justiert, wodurch spiegelbildlich die Verschuldung abnahm. Inzwischen weisen die Unternehmen in Deutschland überwiegend grundsolide Bilanzen auf.

Zweitens können die deutschen Unternehmen schon seit einigen Jahren ziemlich problemlos Kredite aufnehmen – und das dank des niedrigen Zinsniveaus zu sehr günstigen Konditionen. Angesichts der deutlichen Konjunkturabschwächung und der kürzlich eingeleiteten expansiven Gegenmaßnahmen der Europäischen Zentralbank ist eine Zinswende zudem eher unwahrscheinlich. Unternehmen in Deutschland dürften also auch weiterhin vergleichsweise leicht an Fremdkapital kommen.

Drittens begrenzen sich die rezessiven Tendenzen der deutschen Konjunktur auf das Verarbeitende Gewerbe. Und selbst in diesem Sektor gab es zuletzt nur wenige Unternehmenspleiten:

Im Jahr 2018 verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe gerade einmal 1.402 Insolvenzen. Ihr Anteil an allen Insolvenzfällen betrug lediglich 7,3 Prozent, sodass ein Anstieg allein der Industriepleiten zahlenmäßig kaum ins Gewicht fällt.

Die Lage im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor ist weiterhin gut, auch die steigenden Realeinkommen sowie die nach wie vor steigenden Beschäftigungszahlen wirken schützend. Strukturelle Anpassungen – zum Beispiel in der Automobilbranche – stellen allerdings ein Risiko für die Unternehmen dar, das über jenes der konjunkturellen Auswirkungen hinausgeht.

Aus IW-Trends 4/2019

Klaus-Heiner Röhl, Gerit Vogt:
 Unternehmensinsolvenzen in
 Deutschland – Trendwende voraus?
iwkoeln.de/insolvenzen

Schwierige Ausbildung im Ausland

Berufsausbildung. Deutsche Unternehmen bilden auch im Ausland junge Menschen aus. Dort haben sie aber häufig mit größeren Problemen zu kämpfen, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt. Hilfe bieten die Auslandshandelskammern mit dem vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Projekt „Skills Experts“.

Ohne gut ausgebildetes Personal geht nichts – dieses Prinzip gilt für deutsche Unternehmen nicht nur auf dem heimischen Markt, sondern auch an den Standorten im Ausland. In Deutschland können Firmen dank der dualen Berufsausbildung Fachkräfte passgenau ausbilden. Das duale System genießt zudem ein hohes Ansehen.

Im Ausland sieht es dagegen häufig anders aus – insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern sind das Grundbildungsniveau und die Qualität der Berufs-

ausbildung tendenziell niedriger. Die Ausbildung ist außerdem in vielen Ländern sehr theoretisch und nicht auf praktische Qualifikationen ausgerichtet.

Für deutsche Firmen, die im Ausland eine Ausbildung nach dem Vorbild der dualen Berufsausbildung etablieren wollen, gibt es daher eine Reihe von Hürden. Unterstützung erhalten die Unternehmen vor Ort seit 2016 durch das vom Bundeswirtschaftsministerium und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag geförderte Programm „Skills Experts“ (Kasten).

Das IW hat nun untersucht, welche Probleme es für die Unternehmen im Ausland gibt und welche davon am stärksten die Berufsausbildung behindern. Mithilfe der Ergebnisse soll das Programm „Skills Experts“ weiter verbessert werden.

Die Forscher befragten in ihrer Untersuchung Firmen in neun Ländern. Das Ergebnis: Die größte Herausforderung sind die fehlenden Ausbilder (Grafik Seite 15):

Gut 60 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie Probleme haben, am Auslandsstandort geeignete Ausbilder zu finden.

Ein Grund dafür ist, dass die Beschäftigten an den Auslandsstandorten oftmals nicht in der Tiefe mit dem deutschen Konzept der beruflichen Ausbildung vertraut sind.

Ein häufiges Hindernis sind für die Unternehmen außerdem die schlechten schulischen Leistungen der potenziellen Auszubildenden. Die Firmen müssen daher oft nachschulen, ehe die eigentliche Ausbildung beginnen kann.

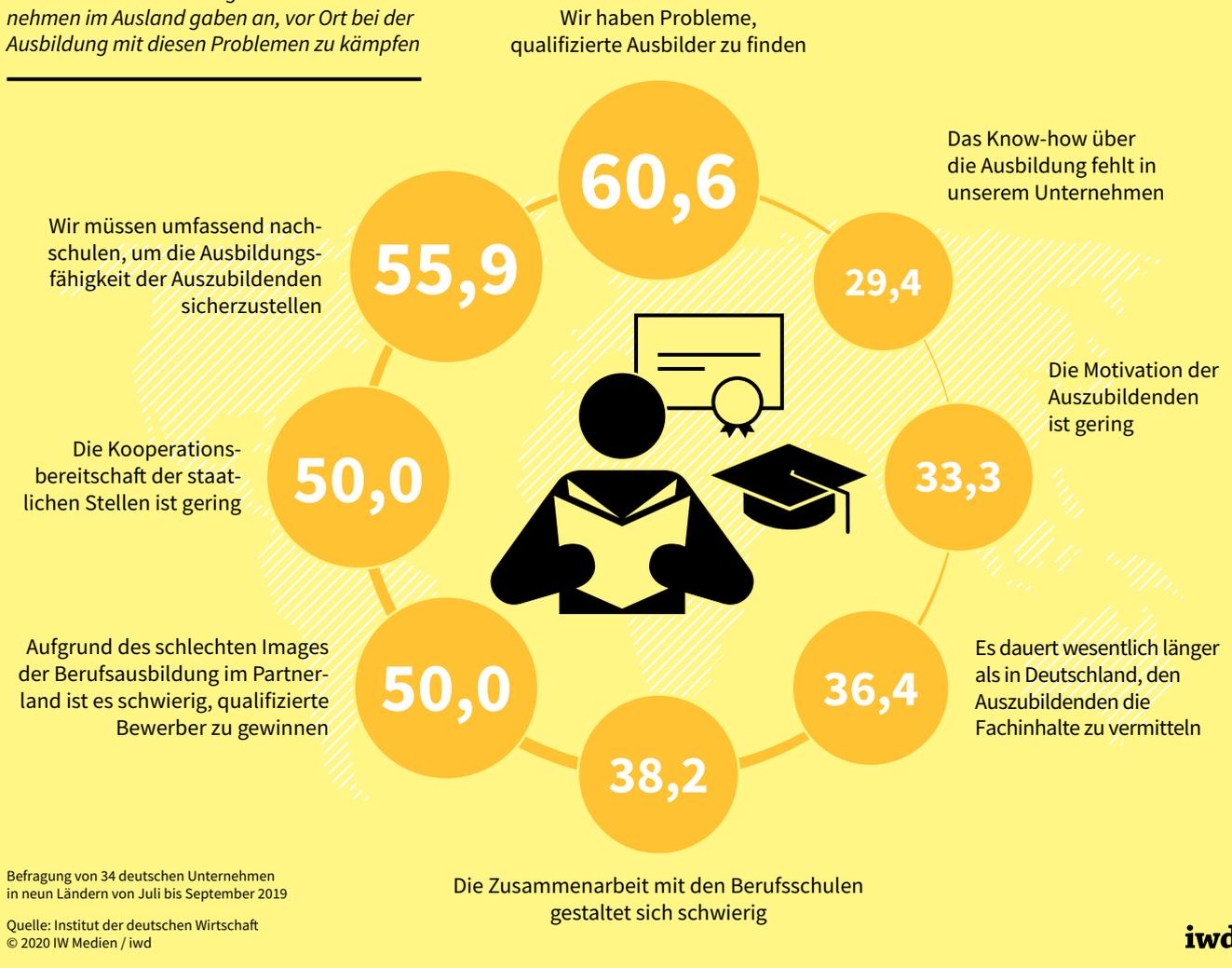
Die geringe Kooperationsbereitschaft der staatlichen Stellen ist ebenfalls ein Problem.

„Skills Experts“

Im Jahr 2016 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag das Programm „Skills Experts“ ins Leben gerufen. In den neun ausgewählten Ländern Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Nordmazedonien, Indonesien, Vietnam, Ghana, Kenia, Nigeria und Südafrika werden in diesem Rahmen deutsche Unternehmen bei der Fachkräftesicherung unterstützt. Das Programm ist bei den Auslandshandelskammern (AHKs) mit dem Ziel angesiedelt, über deren Netzwerk weltweit vergleichbare und qualitätsgesicherte Standards der betrieblichen Ausbildung und deren Zertifizierung nach deutschem Vorbild zu etablieren.

Berufsausbildung im Ausland: Viele Baustellen

So viel Prozent der befragten deutschen Unternehmen im Ausland gaben an, vor Ort bei der Ausbildung mit diesen Problemen zu kämpfen



All dies zeigt, dass deutsche Firmen im Ausland Unterstützung bei der Ausbildung brauchen. Hier spielen die Auslandshandelskammern (AHKs) eine wichtige Rolle. Sie können vor Ort für die deutsche Berufsausbildung werben, zum Beispiel durch Schulkooperationen. Eine hochwertige Zertifizierung der Ausbildung, eventuell in Kooperation mit nationalen Bildungsabschlüssen, kann ebenfalls hilfreich sein. Die lokalen AHKs können zudem als Vermittler zwischen staatlichen Stellen, Berufsschulen und Unternehmen auftreten und sich für die Interessen der Firmen in der lokalen Politik einsetzen.

Durch den Einsatz der AHKs könnten auch Firmen, die bislang noch keine Berufsausbildung anbieten, motiviert werden, junge Menschen zu qualifizieren. Darauf weisen auch die Ergebnisse der IW-Studie hin.

Gutachten

Anika Jansen, Sarah Pierenkemper: Fachkräftesicherung deutscher Unternehmen im Ausland – Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
iwkoeln.de/fachkraeftesicherung

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Top-Liste: EU-Reisekasse

Im Tourismus werden innerhalb der 28 EU-Staaten jährlich 1.276 Milliarden Euro umgesetzt. Die höchsten Einnahmen erzielt Deutschland mit 287 Milliarden Euro, gefolgt vom Vereinigten Königreich und Frankreich mit jeweils 188 Milliarden Euro. Setzt man diese Zahlen allerdings ins Verhältnis zur Landesbevölkerung, ergibt sich ein anderes Ranking: Dann sind nämlich die Niederlande mit knapp 5.100 Euro Gästeumsatz je Einwohner das Land, in dem Reisende einen besonders großen Wirtschaftsfaktor darstellen.

Tourismus: Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor

So viel Euro Umsatz wurden mit in- und ausländischen Gästen in den EU-Ländern je Einwohner erzielt



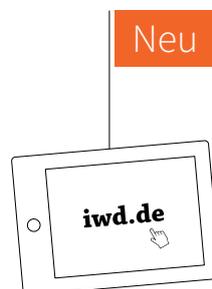
Umsatz mit in- und ausländischen Gästen: Zimmervermittlungen, Speisen und Getränke, Transportdienste, Kultur- und Sportveranstaltungen, Freizeitaktivitäten, Konsumgüter und vieles mehr; Niederlande: 2018; Österreich, Dänemark: 2017; Deutschland, Schweden, Polen: 2016

Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Neu auf iwd.de: Irrweg Mietendeckel

Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht – das gilt auch für den geplanten Berliner Mietendeckel, zeigt eine neue IW-Studie. Die Gründe erfahren Sie auf iwd.de.



Zahl der Woche

35 Prozent

aller Paare mit einem Kind unter drei Jahren haben sich 2018 dafür entschieden, dass beide Partner arbeiten. Zehn Jahre zuvor waren es erst 29 Prozent. Dabei ergeben sich je nach Alter des Kindes deutliche Unterschiede: Hat das Kind das erste Lebensjahr noch nicht vollendet, arbeitet meist nur ein Elternteil. Nur bei 7 Prozent aller Paare mit einem Kind unter einem Jahr waren 2018 beide Partner berufstätig. Anders sieht es aus, wenn die Kinder das zweite Lebensjahr erreichen: In 60 Prozent dieser Familien arbeiteten 2018 beide Elternteile – zehn Jahre zuvor waren es nur 44 Prozent. Zwar sprechen die Zahlen für ein größeres Betreuungsangebot, das vor allem Frauen eine frühere Rückkehr in den Job ermöglicht. Dennoch gab es 2018 in mehr als der Hälfte der Familien mit Kleinkindern einen männlichen Alleinernährer. Zudem wählen die meisten Familien, in denen beide Eltern arbeiten, das Modell „Vater in Vollzeit und Mutter in Teilzeit“. In nur 9 Prozent aller Familien mit einem Kind unter drei Jahren waren 2018 beide in Vollzeit beschäftigt.



In so viel Prozent aller Paare mit einem zweijährigen Kind arbeiteten beide Elternteile